

Antragsformular auf Mitgliedschaft im Verein Gefangenen-Gewerkschaft / Bundesweite Organisation (GG/BO)

Angaben zur Person der Antragstellerin / des Antragstellers

Name:

Vorname:

Geburtsdatum/-ort:

Beruf:

Zurzeit beschäftigt als:

.....

Mitgliedsbeitrag: 1 % des Bruttolohns. Zahlung freiwillig.

Ja

Nein

Justizvollzugsanstalt:

Voraussichtliche Entlassung:

.....

Erreichbarkeit/Anschrift:

.....

.....

.....

.....

Die Antragstellerin / der Antragsteller beantragt die Mitgliedschaft in dem Verein
„Gefangenen-Gewerkschaft / Bundesweite Organisation“ (GG/BO).

Datum, Ort,

.....

Unterschrift der Antragstellerin / des Antragstellers

Gefangenen-Gewerkschaft / Bundesweite Organisation (GG/BO)

c/o Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalderstr. 4, 10405 Berlin

Kontakt:

Gefangenen-Gewerkschaft / Bundesweite Organisation (GG/BO)

Haus der Demokratie, Greifswalderstr. 4, 10405 Berlin

oder: Oliver Rast, JVA Tegel, Seidelstr. 39, 13507 Berlin

Web: www.gefangenengewerkschaft.de | www.gefangenen-gewerkschaft.de

E-Mail: info@gefangenengewerkschaft.de | info@gefangenen-gewerkschaft.de

Die Gefangenen-Gewerkschaft (GG) fordert:



- » **Mindestlohn und Rente für gefangene Arbeiterinnen und Arbeiter!**
- » **Weg mit der Arbeitspflicht im Knast!**
- » **Her mit der Tariffähigkeit!**
- » **Volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern!**
- » **Kein Knast ohne Gefangenen-Gewerkschaft!**
- » **Solidarität drinnen & draußen!**

Knast als gewerkschaftsfreie Zone?

Wir haben in der JVA Tegel Neuland betreten. Am 21. 5 2014 haben wir uns als Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO) (vormals Gefangenen-Gewerkschaft der JVA Tegel) gegründet.

Die Gründung als sog. nicht rechtsfähiger Verein erfolgte auf der Basis des BGB §§ 21 i.V.m. 54. Des Weiteren berufen wir uns ausdrücklich auf den Grundgesetz-Artikel 9, Abs. 3 (Koalitionsrecht), der uns als Gefangene die Möglichkeit der freien Vereinigung auch hinter Gittern einräumt. Mit dieser Rechtsform bewegen wir uns bewusst nicht im Rahmen der sogenannten Gefangenenmitverantwortung des § 160 des Strafvollzugsgesetzes (StVollzG).

Dies ermöglicht uns wesentlich mehr Spielraum, um unsere Interessen gegenüber den drei Staatsgewalten (gesetzesgebende, gesetzesausführende und rechtssprechende Gewalt) durchzusetzen.

Unsere Gewerkschafts-Initiative hinter Gittern ist juristisch abgesichert und nicht angreifbar. Dies schafft uns die Voraussetzung, damit die Knäste seitens der Gefangenen keine gewerkschaftsfreien Zonen mehr sind.

Zwei zentrale Forderungen stehen bei uns aktuell im Mittelpunkt: erstens wollen wir für Gefangene, die in den Knästen u.a. für staatliche Behörden und externe Konzerne arbeiten, dass ihnen der allgemeine flächendeckende gesetzliche Mindestlohn zusteht. Zweitens wollen wir, dass inhaftierte Beschäftigte nicht weiterhin von der Rentenversicherungspflicht ausgeschlossen sind.

Alle weiteren gewerkschaftlichen Aktivitäten werden die logische Folge unserer inhaltlichen Arbeit, praktischen Vorschläge und organisatorischen Ausweitung sein.

Auf welchen Prinzipien gründet die Gewerkschaft?

Eine Definition, was eine Gewerkschaft eigentlich ist, ist nicht leicht zu treffen. Es gibt eine Vielzahl von Gewerkschaften und Interessensverbänden, die sich für bestimmte Personengruppen und deren Belange einsetzen. Allerdings lassen sich mehrere Wesenszüge benennen, die für eine gewerkschaftliche Tätigkeit typisch sind. Eine Gewerkschaft gründet dabei im Wesentlichen auf drei Prinzipien.

Das Prinzip der Autonomie (Eigenständigkeit, Unabhängigkeit) besagt, dass wir überparteilich und überkonfessionell sind. D.h., wir lassen uns beispielsweise weder parteipolitisch noch von der Glaubensrichtung her einzwängen. Wir stehen sozusagen über den Dingen. Im entscheidenden Punkt sind wir allerdings konsequent parteiisch: Wir ergreifen Partei für unsere Interessen!

Das Reform-Prinzip beinhaltet, dass wir Veränderungen und Umgestaltungen anstreben, die zu einer Verbesserung der Situation der arbeitenden Gefangenen führen sollen. Unsere beiden Kernthemen (Mindestlohn und Rente) stehen dabei derzeit im Mittelpunkt unserer Aktivität. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass sich die Arbeitsbedingungen in den JVA-Betrieben im Interesse der dort tätigen Gefangenen verbessern. In unserem Visier befindet sich vor allem die Akkordhetze in Form der Stücklohnbezahlung in den sogenannten Unternehmerbetrieben in den Haftanstalten.

Und nicht zu Letzt orientieren Gewerkschaften auf das Prinzip der Solidargemeinschaft (Zusammengehörigkeit, Gemeinschaftssinn). Auch wenn Inhaftierte aufgrund ihrer Herkunft und ihrer Vergangenheit höchst unterschiedlich sind, können sie an ausgewählten Punkten gemeinsame Interessen angeben und ausdrücken. Hierüber lässt sich ein Gefühl von Einheit und Genossenschaft entwickeln, was uns alle hier im Knast stärkt.

Zielrichtung bundesweite Knast-Gewerkschaft

Auch wenn der Ursprung unserer Gewerkschafts-Initiative in der JVA Tegel liegt, soll unser gewerkschaftliches Engagement keinesfalls auf diese Haftanstalt begrenzt sein. Im Gegenteil. Wenn wir unsere beiden aktuellen zentralen Forderungen nach Mindestlohn und Rente für Gefangene mit Nachdruck propagieren wollen, brauchen wir eine Ausweitung. In keiner JVA soll uns die „soziale Schutzmacht“ einer Gewerkschaft fehlen.

Unser Ziel ist es, dass das „Tegeler Erfolgsmodell“ zu einem „Exportschlager“ in anderen Haftanstalten dieser Republik wird. Wir haben ein Organisationsmodell entwickelt, das die ersten Praxistests bestanden hat.

Neben der GG/BO existiert bereits seit 2005 die Interessenvertretung Inhaftierter (IvI), die in den vergangenen Jahren die eine oder andere (juristische) Schlacht geschlagen (und gewonnen!) hat. Mit der IvI können wir eine „Zangenbewegung“ der Gefangenen schaffen, um eine selbstorganisierte und eigenverantwortliche Kraft in den Auseinandersetzungen mit Staatsgewalten zu entfalten.

Unsere Absicht ist es, mit engagierten Gewerkschafter-innen und Gewerkschaftern aus den Einzelgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und mit Basis-Gewerkschaften wie der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter Union (FAU) sowie den Industrial Workers of the World (IWW) ein (enges und solidarisches) Kooperationsverhältnis einzugehen.

Unsere Gewerkschaftsgründung ist eine authentische Initiative aus dem Knast heraus. Darin liegt auch der zentrale emanzipatorische Akt von uns Gefangenen. Diese Initiative erhält aber erst durch die zahlreiche Unterstützung außerhalb des Knasts, die wir von solidarischen Menschen erfahren, ihre erforderliche Stabilität.

Sowohl die bestehenden Kooperationsverhältnisse mit verschiedenen Gewerkschaften als auch der direkte Austausch mit Kolleginnen und Kollegen in den Unterstützungsgruppen vor den Anstaltstoren festigen das solidarische Band drinnen und draußen.

Volle Gewerkschaftsfreiheit im Knast

Als Gefangenen-Gewerkschaft (GG) setzen wir uns aktiv dafür ein, gegen Lohndumping und Hungerlöhne in den Haftanstalten juristisch und politisch vorzugehen.

» Es sollte im Interesse der Gewerkschaften sein, dass in den Knästen nicht zu Dumpinglöhnen gearbeitet wird, die vor den Anstaltstoren nicht zu unterbieten sind. Diese Preisdrückerei wird von den Anstalten auch noch als Werbemittel angepriesen, um sich als besonders günstiger Wettbewerber im „Marktgetümmel“ in Szene zu setzen.

» Knäste werden so zu „Sonderwirtschaftsregionen“, in denen arbeitsrechtliche Standards, für die Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in früherer Zeit vor uns gekämpft haben, ausgehebelt werden. Konzerne funktionalisieren Knäste als verlängerte Werkbank, die bestimmte Tätigkeiten in die JVA-Betriebe auslagern.

» Der Trend der teilprivatisierten Knäste hält auch in der Bundesrepublik Einzug. Die Haftanstalt Burg in Sachsen-Anhalt ist ein Beispiel hierfür. In den USA ist das Modell, Knäste zu Mas-

senproduktionsstätten zu machen, unter dem Stichwort „Prison Industrial Complex“ (PIC) bekannt. Dieses System des „gefängnisindustriellen Komplexes“ benötigt billige und gefügige Arbeitskräfte, die weder auf's Entgelt blicken noch ihre Rechte einklagen.

» Die Abschaffung der Arbeitspflicht in der Haft, die im § 41 StVollzG verankert ist, ist umgehend in Berlin und anderswo (wie z.B. in Brandenburg) umzusetzen. Die Verpflichtung zur Arbeit im Knast ist in der noch nicht verabschiedeten Neufassung des Strafvollzugsgesetzes eh nicht mehr vorgesehen. Der administrative Zwang zur Arbeitsaufnahme ist vor dem Hintergrund der Billiglöhnerie grundsätzlich abzulehnen.

» Der Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse kann nicht vor den Stahlstoren der Haftanstalten haltmachen. Es gehört zu den ureigenen Aufgaben selbstorganisierter basisgewerkschaftlicher Initiativen, solche Zustände nicht nur anzuprangern, sondern abzuschaffen. Die Hebung der ökonomischen Klassenlage ist ein Minimalziel.

» Es geht uns als Gefangenen-Gewerkschaft um die Erlangung der vollen Gewerkschaftsrechte – auch hinter Gittern. Das bedeutet, dass wir – wie unsere Kolleginnen und Kollegen draußen – nicht auf Arbeitskampfmittel verzichten wollen, die zur „Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ geeignet sind. Die Lohnfrage ist hierbei eine zentrale Frage des ökonomischen Kampfes.

Stärkt die GG/BO – drinnen & draußen!

August 2014



Mitte August ist die erste Ausgabe des Sprachrohrs der Gefangenen-Gewerkschaft / Bundesweite Organisation (GG/BO) erschienen.

Die am 21. Mai dieses Jahres gegründete Gefangenen-Gewerkschaft veröffentlicht nun nach ihrer Ausdehnung zur bundesweiten Organisation die erste Ausgabe ihrer eigenen Zeitschrift. Die Zeitschrift, die den Titel outbreak (Ausbruch) trägt, enthält neben redaktionellen Beiträgen gesammelte Erklärungen der GG/BO, Solidaritätstexte, Gastbeiträge sowie ausgewählte Presseartikel, die hinsichtlich der GG/BO in diversen Zeitungen veröffentlicht wurden.

Die 48-seitige Zeitschrift, die in den Knästen kostenlos und draußen für 2 Euro erhältlich ist, kann unter der email-Adresse info@gefangenengewerkschaft.de und unter der Kontaktadresse (siehe Rückseite) bestellt werden.

Gefangenen-Gewerkschaft (GG)

Sprecher der GG/BO: Oliver Rast / Protokollführer der GG/BO: Mehmet-Sadik Aykol / GG-Sprecher der JVA Tegel: Attila-Aziz Genc / GG-Sprecher der JVA Plötzensee: Hasan Adli / GG-Sprecher der JVA Willich I und II, Krefeld und M'Gladbach: André Borris M.á Moussa Schmitz / GG-Sprecher der JVA Aschaffenburg: Andreas Krebs / GG-Sprecher für die SV: Peter-Moritz Fricke